

Niederschrift

über die 32. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des
Stadtentwicklungsausschusses am Mittwoch, 24.04.2013 um 17:00 Uhr, im
Bürgersaal des Bürgerhauses

Anwesend waren:

Vorsitz

Frau Birgit Alkenings SPD

Ratsmitglieder

Herr Dr. Stephan Lipski CDU Vertretung für Frau Claudia Schlottmann

Herr Norbert Schreier CDU

Herr Jürgen Spelter CDU

Frau Anabela Barata SPD

Herr Manfred Böhm SPD

Herr Reinhold Daniels SPD

Frau Dagmar Hebestreit SPD

Frau Dr. Christina Krasemann-Sharma BÜRGERAKTION Vertretung für Herrn Dr. Peter Schnatenberg ab TOP Änderung TO bis TOP 11

Herr Ludger Reffgen BÜRGERAKTION
Herr Rudolf Joseph FDP
Frau Susanne Vogel Bündnis90/Die Grünen

Herr Günter Pohlmann dUH
Herr Friedhelm Burchartz Freie Liberale

Sachkundige Bürger/innen

Herr Jürgen Scholz SPD
Frau Renate Jahrstorfer BÜRGERAKTION Vertretung für Herrn Patrick Strösser

Herr Udo Schröder FDP
Herr Heinz Albers Bündnis90/Die Grünen
Herr Ernst Kalversberg dUH

Gäste

Herr Klaus Cohausz SPD

Von der Verwaltung

Frau Beig. Rita Hoff
Herr Harald Mittmann bis TOP 9

Herr Peter Stuhlträger

Herr Lutz Groll

Herr Andreas Trapp

Herr Michael Witek bis TOP 9

Frau Birgit Kamer

Frau Sabine Waiss

Beiräte

Herr Hermann Nagel
Herr Gerd Wimmershoff

Behindertenbeirat
Seniorenbeirat

Tagesordnung:

Eröffnung der Sitzung

Änderungen zur Tagesordnung

Einwohnerfragestunde

- 1 Befangenheitserklärungen
- 2 Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO
- 3 Mündlicher Vortrag des Landesbetriebes Straßen NRW - Ausbau Westring
- 4 Anträge
 - 4.1 Taxistand Benrather Straße hier: Antrag der FDP-Ratsfraktion vom 12.02.2013
WP 09-14 SV 66/138
 - 4.2 Querungshilfe für Fußgänger - Verkehrssicherheit auf der Elberfelder Straße (B228)
hier: Antrag der BÜRGERAKTION vom 13.03.2013
WP 09-14 SV 66/139
- 5 Angelegenheiten des Planungs- und Vermessungsamtes
 - 5.1 Fortschreibung des 2. Nahverkehrsplanes (NVP) für den Kreis Mettmann;
2. Sachstandsbericht
WP 09-14 SV 61/187
 - 5.2 Bbauungsplan Nr. 99, 1.vereinfachte Änderung für den Bereich Gustav-Mahler-
Straße/Furtwänglerstraße;
Abhandlung der Anregungen
Beschluss als Satzung
WP 09-14 SV 61/188
 - 5.3 Zwischenbericht zum Projekt "Integriertes Handlungskonzept für die Innenstadt Hil-
dens"
WP 09-14 SV 61/189
- 6 Angelegenheiten des Tiefbau- und Grünflächenamtes

- 6.1 Straßenbeleuchtung, Neuausschreibung eines langfristigen Vertrages zur Straßenbeleuchtung
WP 09-14 SV 66/125
- 7 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen
- 8 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen
 - 8.1 Anfrage dUH - Itter
 - 8.2 Anfrage FDP - Ausbau Bahnhofsallee
 - 8.3 Anfrage Bürgeraktion - Integriertes Handlungskonzept
 - 8.4 Anfrage Bündnis 90/Die Grünen - Bäume Mittelstraße

Um 17.30 Uhr wird eine Einwohnerfragestunde durchgeführt mit einer zeitlichen Begrenzung von 30 Minuten.

Eröffnung der Sitzung

Die Vorsitzende eröffnete die Sitzung um 17:00 Uhr. Sie begrüßte die anwesenden Mitglieder des Stadtentwicklungsausschusses, die Vertreter des Seniorenbeirates, des Behindertenbeirates und der Presse und die erschienenen Zuhörer/innen.
Sie stellte die fristgerechte Einladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Ferner hielt sie fest, dass die Sitzungsunterlagen vollständig zugegangen seien.

Änderungen zur Tagesordnung

-keine-

Einwohnerfragestunde

Es lagen keine Wortmeldungen der anwesenden Einwohner vor.

1 Befangenheitserklärungen

-keine-

2 Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO

keine Beratungspunkte

3 Mündlicher Vortrag des Landesbetriebes Straßen NRW - Ausbau Westring

Herr Schmidt und Herr Giesen vom Landesbetrieb Straßen NRW erläuterten den Ablauf der 3 Bauphasen der Straßensanierungsmaßnahme „Westring“. Die Präsentation ist als Anlage 1 beigelegt.

Auf Nachfrage von Herrn Albers, Herrn Reffgen, Herrn Scholz, Herrn Buchartz und Frau Vogel, erläuterten die Vertreter des Landesbetriebes, dass

- Flüsterasphalt nicht eingebaut werde, da die von der Landstraße ausgehende Lärmbelästigung dies nicht erforderlich mache
- der Straßenzustand der L85 geprüft werde
- die Lichtsignalanlagen wegen Verringerung des Fahrzeugaufkommens an der Kreuzung zur L85 ausgeschaltet werden
- die Gewerbetreibenden würden seitens der Stadt über die Umleitungen informiert und mit Info-Material für die Zulieferer versorgt.
- die Verkehrssicherheit für Fußgänger und Radfahrer durch das verringerte Fahrzeugaufkommen und Umleitungsmaßnahmen gewährleistet sei.

4 Anträge

4.1 Taxistand Benrather Straße hier: Antrag der FDP-Ratsfraktion
vom 12.02.2013

WP 09-14 SV
66/138

Frau Hoff teilte mit, auf eine Einladung zu einem Gespräch mit der Verwaltung habe sich ein Mitarbeiter einer Gaststätte gemeldet und sich vergewissert, dass seine Belieferung dort unproblematisch auch weiterhin gesichert sei. Dieses habe man ihm zugesagt.

Herr Joseph zog daraufhin seinen Antrag zurück.

Herr Scholz bat darum, zukünftig in den Sitzungsunterlagen über Gesprächsergebnisse zu informieren, damit diese bei den Beratungen in den Fraktionen berücksichtigt werden können.

Antragstext:

Die Verwaltung der Stadt Hilden wird gebeten zu prüfen, ob ein alternativer Standort für den Taxistand gefunden werden kann, um die Halteplätze für Kurzparker generell oder zumindest an dieser Stelle wieder zurück zu gewinnen.

Abstimmungsergebnis:

Antrag zurückgezogen

4.2	Querungshilfe für Fußgänger - Verkehrssicherheit auf der Elberfelder Straße (B228) hier: Antrag der BÜRGERAKTION vom 13.03.2013	WP 09-14 SV 66/139
-----	---	-----------------------

Herr Scholz lehnte den Beschlussvorschlag aus Kostengründen ab und vertrat die Auffassung, dass sich das Risiko eher erhöhen werde.

An der weiteren Diskussion beteiligten sich die Herren Reffgen, Schreier, Burchartz und Joseph sowie Frau Vogels. Als Ergebnis bleibt festzuhalten, dass sich die vertretenen Fraktionen für eine Querungshilfe entsprechend den Erläuterungen der Verwaltung aussprechen.

Herr Schreier teilte weiter mit, dass die Kosten nicht von der Stadt Hilden getragen werden sollen.

Unter Berücksichtigung des Diskussionsergebnisses modifizierte Herr Reffgen den Antrag der Fraktion Bürgeraktion wie folgt:

Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Landesbetrieb Straßen NRW Verhandlungen aufzunehmen, mit dem Ziel, durch den Bau einer Querungshilfe für Wanderer, Radfahrer und Reiter die Verkehrssicherheit auf dem Streckenabschnitt der B228 im Bereich des Rundwanderweges zu erhöhen.

Frau Alkenings rief zur Abstimmung über den geänderten Antragstext auf.

Antragstext:

Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Landesbetrieb Straßen NRW Verhandlungen aufzunehmen, mit dem Ziel, durch den Bau einer Querungshilfe für Wanderer, Radfahrer und Reiter die Verkehrssicherheit auf dem Streckenabschnitt der B228 im Bereich Jaberg/Kesselsweier/Stadtgrenze Haan des Rundwanderwegs zu erhöhen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen

13 - Ja Stimmen

6 - Nein Stimmen (SPD-Fraktion)

- | | | |
|-----|---|-----------------------|
| 5.1 | Fortschreibung des 2. Nahverkehrsplanes (NVP) für den Kreis Mettmann;
2. Sachstandsbericht | WP 09-14 SV
61/187 |
|-----|---|-----------------------|
-

Die Herren Pohlmann und Schreier sowie Frau Vogel zeigten sich von der guten Nutzung des ÖPNV positiv überrascht. Verbesserungen der Anschlüsse am Wochenenden und Feiertagen und eine Taktverdichtung der Ortslinie O3 wurden angeregt.

Herr Groll erklärte, dass konkrete Maßnahmenvorschläge zum Nahverkehrsplan im Juni von der Kreisverwaltung angekündigt worden seien. Hierüber werde eine neue Sitzungsvorlage gefertigt. Er erläuterte, dass die Anzahl der Zwangspunkte ansteige je länger die Linienführung sei. Diese haben dann Auswirkungen auf die Verknüpfungen. Hier sollen Qualitätsstandards festgelegt werden. Der ÖPNV sei ein Massenbetrieb. Die Nutzerzahlen prägen die Fahrplangestaltung.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Fortschreibung des Nahverkehrsplanes des Kreises Mettmann zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Kenntnis genommen

- | | | |
|-----|---|-----------------------|
| 5.2 | Bebauungsplan Nr. 99, 1.vereinfachte Änderung für den Bereich Gustav-Mahler-Straße/Furtwänglerstraße;
Abhandlung der Anregungen
Beschluss als Satzung | WP 09-14 SV
61/188 |
|-----|---|-----------------------|
-

Herr Scholz wird dem Beschlussvorschlag zustimmen, regte aber an, dass in Zukunft in textlichen Festsetzung Diskotheken und Tanzlokale auch ausgeschlossen werden sollen.

Herr Albers erkundigte sich, ob eine ehemals vorhandene Chemische Reinigung immer eine Altlastenfäche hervorrufe oder ob es hier Besonderheiten gäbe.

Herr Groll erklärte, dass es sich bei ehem. oder im Betrieb befindlichen chemischen Reinigungen immer um eine „Altlastenverdachtsfläche“ handele. Hier sei die Altlastenklasse 2 – keine Gefahr bei derzeitiger Nutzung-im Bebauungsplan aufgenommen worden.
Eine textliche Festsetzung im Bebauungsplan „Diskotheken“ auszuschließen sei bei einer Größenordnung des Gebäudes von ca. 100-200 qm nicht erforderlich und städtebaulich nicht zu begründen.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Stadtentwicklungsausschuss

1. zu den eingegangenen Anregungen wie folgt Stellung zu nehmen:

1.1 Schreiben des Kreises Mettmann vom 03.04.2013

Der Kreis Mettmann bringt in seinem Schreiben aus der Sicht der Unteren Bodenschutzbehörde den Hinweis, dass sich im Plangebiet eine „Altlastenfläche“ befindet. Es handelt sich um die Fläche mit der Nummer 6472/1 Hi „Ehem. Chemische Reinigung Gustav-Mahler-Straße“. Von dieser Fläche mit der Altlastenklasse 2 geht bei derzeitiger Nutzung keine Gefahr aus. Die Fläche soll im Bebauungsplan dargestellt werden, ebenso soll ein textlicher Hinweis hierzu erfolgen.

Dieser Anregung wird gefolgt.

1.2 Schreiben der Rheinbahn AG, Düsseldorf, vom 07.03.2013

Seitens der Rheinbahn werden keine Anregungen vorgetragen. Das Schreiben wird zur Kenntnis genommen.

1.3 Schreiben der Handwerkskammer Düsseldorf vom 20.03.2013

Seitens der Handwerkskammer werden keine Anregungen vorgetragen. Das Schreiben wird zur Kenntnis genommen.

2. den Bebauungsplan Nr. 99, 1.vereinfachte Änderung für den Bereich Gustav-Mahler-Straße/ Furtwänglerstraße gemäß der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung NW vom 14.07.1994 (GV NRW S.666) in der z.Zt. gültigen Fassung sowie § 10 Abs. 1 BauGB (Baugesetzbuch) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22.Juli 2011 (BGBl. I S. 1509) geändert wurde, als Satzung.

Das Plangebiet liegt im Norden der Stadt Hilden zwischen der Gustav-Mahler-Straße im Westen und der Furtwänglerstraße im Osten.

Es umfasst im einzelnen die Flurstücke 187, 189, 394 und 395 in Flur 28 der Gemarkung Hilden.

Dem Satzungsbeschluss liegt die Begründung vom 09.04.2013 zugrunde.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

5.3 Zwischenbericht zum Projekt "Integriertes Handlungskonzept für die Innenstadt Hildens"

WP 09-14 SV
61/189

Bevor das Büro Mölders einen Zwischenbericht über die Ergebnisse der 2. Stadtkonferenz des Integrierten Handlungskonzeptes gab, erläuterte Frau Hoff noch den engen Zeitrahmen, der gewisse kurzfristig Entscheidungen auch seitens der Politik notwendig mache.

Am 23.05.2013 sollte die 3. Stadtkonferenz stattfinden. Die Sitzungsvorlage mit den Ergebnissen werde im Anschluss an alle Ratsmitglieder versandt mit der Bitte, kurzfristig Änderungsvorschläge/Anträge mitzuteilen. Falls bereits bekannt, können diese auch schon vorher der Verwaltung mitgeteilt werden. Am 12.06.2013 müsse die abschließende Beratung im Stadtentwicklungsausschuss erfolgen, damit der Antrag auf Fördermittel fristgerecht zum 30.06.2013 gestellt werden könne. Die Beratung im Rat werde am 10.07.2013 erfolgen.

Frau Alkenings ergänzte die Ausführungen. Die Anträge sollen an die Verwaltung und alle anderen Fraktionen übersandt werden. Die Übersendung sei vor den Fraktionssitzungen erforderlich, damit

alle die Möglichkeit der Vorberatung haben.

Der Vorschlag des Herrn Reffgen, den Ausschuss am 12.06.2013 um beratende Mitglieder auszuweiten, wurde abgelehnt. Es solle eine Aussprache innerhalb der Fraktionen stattfinden. Zudem stehe die Möglichkeit einer Teilnahme an der Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses als Gast jedem Ratsmitglied offen.

Die Herren Burchartz und Scholz sowie Frau Vogel stimmten dem Verfahren für ihre Fraktionen zu.

Nachdem Frau Mölders den Zwischenbericht anhand einer Präsentation (Anlage 2) erläutert hatte, gab Frau Hoff noch folgende Information zur Beleuchtung der Innenstadt.

Das im Rat beschlossene Gutachten zur Erstellung einer Planung für eine neue Funktionalbeleuchtung der Fußgängerzone sei beauftragt, diese Funktionalbeleuchtung sei aber nur im Zusammenhang mit einer Neugestaltung der Fußgängerzone förderfähig. Die Beleuchtung im Zusammenhang mit der Neugestaltung der Plätze sei förderfähig. Frau Hoff regte an, dass zukunftsorientiert ein Lampentyp in den förderfähigen Teilbereichen ausgewählt werde, der später in der gesamten Fußgängerzone zum Einsatz kommen könne.

Herr Scholz erkundigte sich nach der Förderfähigkeit des 2. Notausgangs der Tiefgarage an der Stadthalle. Weiter wollte er wissen, ob über das Fassadenprogramm mit allen Eigentümern gesprochen worden sei.

Frau Krasemann-Sharma informierte, ihr sei gesagt worden, da ein einspuriger Ausbau des Fritz-Gressard-Platzes nicht möglich sei, weil es sich um eine Bundesstraße handele. Treffe dies zu?

Frau Vogel bat um eine textliche Änderung zur Seite 9 der Anlage zur Sitzungsvorlage. Der Begriff „Aufenthalt“ sei hier falsch gewählt. Das unerwünschte „Verhalten“ von Jugendlichen auf Plätzen sei hier die richtigere Wortwahl.

Herr Albers erkundigte sich, ob alle 16 Maßnahmen durchgeführt werden müssen.

Frau Mölders erläuterte, dass bisher mit einzelnen Eigentümern des Steinhäuser- und des Rathaus-Centers Gespräche geführt worden seien. Es handele sich um ein Angebot der Stadt an die Eigentümer. Zum Verfahren erläuterte sie, es handele sich hier um ein Grundförderprogramm für 5-7 Jahre. Innerhalb des Programms werden die einzelnen Projekte und Zielrichtungen gewichtet und Prioritäten gesetzt.

Frau Hoff ergänzte, dass man nach grober Prüfung der Punkte Realisierbarkeit, Machbarkeit, Finanzierbarkeit und Förderfähigkeit die Maßnahmen zusammenstelle. Wenn einzelne Maßnahmen anstehen, erfolge erst die konkretisierende Planung, die mit der Politik abgestimmt würde und die Einzelbeantragung nach Stellung des Grundförderantrages. Im Landeshaushalt seien die Fördermittel reduziert worden und es liegen mehr Anträge von Gemeinden vor.

Herr Groll ergänzte, dass bezüglich der Verkehrsführung des Fritz-Gressard-Platzes eine Abstimmung mit dem Landesbetrieb Straßen stattfinden müsse, da es sich um eine Landesstraße handele. Im Bereich des Fritz-Gressard-Platzes werde die gesamte Stellplatzsituation aufgegriffen nicht nur die Problematik der Tiefgarage. Durch den zusätzlichen Parkplatz neben dem alten Standesamt würden bis zu 20 Kurzzeitparkplätze zur Verfügung gestellt.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt den Zwischenbericht zum Projekt „Integriertes Handlungskonzept für die Innenstadt Hildens“ zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Kenntnis genommen

6 Angelegenheiten des Tiefbau- und Grünflächenamtes

6.1 Straßenbeleuchtung, Neuausschreibung eines langfristigen Vertrages zur Straßenbeleuchtung

WP 09-14 SV
66/125

Herr Albers wies auf die Möglichkeit hin, sich durch die Energieagentur NRW beraten zu lassen. Am 14.05.2013 finde eine Infoveranstaltung statt.

Herr Mittmann erwiderte, dass man diese Beratung bereits in Anspruch genommen habe. Es handle sich hierbei allerdings um eine Grobanalyse. Die Energieagentur NRW biete jedoch keine techn./wirtschaftliche und juristische Beratungskompetenz, die bei einer europaweiten Ausschreibung notwendig sei. Nach hiesiger Marktrecherche verfügen nur ca. 10 Büros über diese Kenntnisse.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtentwicklungsausschuss stimmt den Ausführungen der Verwaltung zur Straßenbeleuchtung in Hilden zu.

Entsprechend des Vorschlages der Verwaltung soll eine Empfehlung über die zukünftige Struktur eines Dienstleistungsauftrages für die Straßenbeleuchtung erstellt werden. Auf dieser Basis ist anschließend eine Ausschreibung der zu vergebenden Leistung entsprechend der einschlägigen Vergaberegeln durchzuführen.

Die Finanzmittel in Höhe von 60.000€ (2013) + 20.000€ (2014) werden im Produkt 120101 Verkehrsflächen + Brücken bereitgestellt.

Der HV6 wird aufgehoben.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen

7 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen

- keine -

8 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

8.1 Anfrage dUH - Itter

Herr Pohlmann fragte an, warum in Höhe des Grundstücks der Firma Nilos Wasser in die Itter gepumpt werde.

Herr Mittmann antwortete, er werde sich bei der zuständigen Unteren Wasserbehörde des Kreises Mettmann erkundigen. Ihm sei hierzu nichts bekannt. Es hänge evtl. mit der Altlastensanierung zusammen.

8.2 Anfrage FDP - Ausbau Bahnhofsallee

Herr Joseph erkundigte sich nach dem Zeitplan zum Ausbau der Bahnhofsallee. Der Bürgersteig im Bereich Meditower sei in einem sehr schlechten Zustand.

Herr Mittmann erläuterte, dass der Zeitrahmen nicht eingehalten werden konnte, da sich die Planung der Beleuchtung als äußerst kompliziert gestaltet habe und ein Ingenieurbüro eingeschaltet werden musste. Die Straßenplanung selbst sei bereits fertiggestellt. Der o.a. Bereich ist Bestandteil des zu sanierenden Straßenbereichs.

8.3 Anfrage Bürgeraktion - Integriertes Handlungskonzept

Herr Reffgen fragte nochmals nach, inwieweit am 12.06.2013 die Möglichkeit bestehe nennenswerten Einfluss auf das vorgelegte Konzept zu nehmen.

Frau Hoff erläuterte, damit dies gewährleistet sei, sollen Anträge und Vorschläge frühzeitig vorgelegt werden. Es müsse keine Detailplanung vorgelegt werden. Jedoch müsse die Kostenschätzung möglichst realistisch sein, da bei der Entstehung von höheren Kosten bei Umsetzung keine weiteren Zuschüsse gewährt werden.

Herr Reffgen erklärte, dass Initiativanträge bereits jetzt auf den Weg gegeben werden könnten.

8.4 Anfrage Bündnis 90/Die Grünen - Bäume Mittelstraße

Frau Vogel wollte wissen, warum die Kabel der Weihnachtsbeleuchtung noch nicht aus den Bäumen der Mittelstraße entfernt worden seien.

Die Anfrage wird schriftlich beantwortet.

Ende der Sitzung: 19:40 Uhr

Birgit Alkenings
Vorsitzende

Birgit Kamer
Schriftführer/in

Gesehen:

Horst Thiele
Bürgermeister

Rita Hoff
Beigeordnete